

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1922

76 (30.3.1922)

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Durlach.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 6 Mk., Postbezug monatlich 6 Mk. 50 Pf., Einzelnummer und Belegblatt 30 Pf.

Redaktion, Druck und Verlag: Adolf Dupp, Durlach, Mittelstraße 6. Fernsprecher 204.



Die einseitige Beilage oder deren Raum 80 Pfg., Reklamezeile 2 Mk. 50 Pfg. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachmittags 4 Uhr, für dringliche Familien-Anzeigen am Erscheinungstag 1/2 Uhr vormittags. Kleine Anzeigen sind sofort zu bezahlen. Für Platzvorchriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Fall höherer Gewalt hat der Bezahler keine Ansprüche bei verspäteter oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 76.

Donnerstag, den 30. März 1922.

93. Jahrgang.

Tagespiegel.

Die Erklärungen des Reichskanzlers haben in Paris Eindruck gemacht, doch scheint man entschlossen zu sein, an den Forderungen der Reparationskommission festzuhalten.

Der braunschweigische Justizminister trat von seinem Posten zurück.

Der Chefredakteur der in Berlin erscheinenden russischen Zeitung wurde in einer russischen Versammlung erschossen.

Wie verlautet, beabsichtigt die britische Regierung, in Genua die Abrüstungsfrage zu behandeln.

Der englisch-irische Vertrag wurde am Montag vom Oberhaus in dritter Lesung angenommen.

Deutscher Reichstag

(197. Sitzung.)

Berlin, 29. März. Am Regierungstisch Reichskanzler Dr. Brüning und die Reichsminister.

Präsident Ebert eröffnet die Sitzung um 12.00 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Debatte über die Erklärung der Reichsregierung. Dazu ist ein Antrag der Deutschnationalen eingegangen, wonach der Reichstag das „Unannehmbar“ des Reichskanzlers gegenüber dem von der Reparationskommission verlangten Anteil auf die Souveränität des deutschen Reichs billigt. Vermittelt werde aber eine klare und eindeutige Zurückweisung der geforderten neuen Steuern und des Verfalls der Reparationskommission, ihre Hand auf deutsches Privateigentum zu legen. Bedauerlich wird, daß der Reichskanzler sich erneut auf das unerfüllbare Angebot von 720 Millionen Goldmark in Devisen und 1450 Millionen Goldmark in Sachleistungen für 1922 festgelegt habe. Angesichts dieser vor aller Welt als verächtlich und verhängnisvoll empfundenen Politik des Reichskanzlers und angesichts des Willens des Kanzlers, diesen Weg weiter zu gehen, habe der Reichstag, so schließt der Antrag, nicht die Zuversicht, daß es der gegenwärtigen Reichsregierung gelingen werde, das Reich aus der schweren Lage herauszuführen. Aus diesem Grunde müsse der Reichstag der Reichsregierung das Vertrauen verweigern. (Gelächter links.)

Abg. Marx (Ztr.) nennt die Note der Reparationskommission einen bedeutenden Markstein in der geschichtlichen und wirtschaftlichen Entwicklung des deutschen Volkes. In dieser Frage sollte der Reichstag einig sein. Leider scheint ein Teil des Reichstages es darauf abgesehen zu haben, wieder eine Kabinettkrise hervorzurufen. (Hört, hört!) Vom Standpunkt des Christentums müssen wir die Wahrheit feststellen, es ist ein Verstoß gegen alle Grundätze des Völkerechts und ein flagranter Bruch der Verträge. In ernstem Bemühen haben die Mehrheitsparteien des Reichstages sich dazu verhalten, dem deutschen Volke neue Steuern bis zur Grenze des Möglichen aufzuerlegen. Darüber hinaus ist eine weitere Belastung unmöglich. Die Lebensmittelpreise werden in Kürze bis zum Weltmarktpreis steigen. Die Bölle sind bereits bis zum Goldwert gestiegen. Allein die Aufwindung der Note hat unsere Valuta weiter verächtlich gemacht, so daß dadurch das neue Steuergebäude wieder ins Wanken geraten ist. Die Reparationskommission hat tatsächlich von jeder Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage Deutschlands abgesehen. Gegen den Eingriff in das Staatswesen erheben wir schärfsten Protest. Wir sind Beflegte, aber nicht Unfreie. Unterlegen oder nicht. (Weisfall.) Eine Beilegung des Streitgebietes würde sich die Bergarbeiter nicht gefallen lassen. Bei den ungeheuren Kosten der Besetzung dort wird fälschlich Geld verschwendet. Die Note erreicht das Gegenteil von dem, was sie wollte. Herr Gerat hat keine praktischen Vorschläge gemacht. Eine frische Ablehnung jeder Erfüllungspolitik wäre das Unnützlichste. Erreicht haben wir doch, daß das Reich zusammengehalten wurde. Leider ist der Reichstag auch in dieser Frage nicht einig, wie es nötig wäre. Möge in Genua die Vermunft und nicht der Haß Frankreichs siegen.

Abg. Stresemann (D. V.) bezeichnet den Brief der Reparationskommission an den Reichskanzler als Annäherung und Beilegung, dagegen sollte die Regierung auch in ihrem Antwortschreiben förmlich Vermählung einlegen. Der Geist der Note muß härteste Enttäuschung hervorrufen. Wir gehen seit Versailles einen Leidensweg. Es kann nicht genügend betont werden, daß Deutschland die Waffen nicht bedingungslos niedergelegt hat. Konrad Haußmann hat mit Recht einmal gesagt: Wenn das deutsche Volk diesen Frieden geahnt hätte, dann würde es niemals die Waffen niedergelegt haben. Dem englischen Worte haben die englischen Laten niemals entsprochen. Vor Genua noch wirft uns diese Note in die Zeiten von Versailles zurück, das ist das Tragischste dieser Note. Mit einem gewissen Stolz wies man auf die neue Goldmilliarde hin. Es wäre besser, wenn die Regierung hier erklärt hätte, daß wir diese Milliarde nicht aus eigener Kraft aufbringen konnten. Ich nenne die Schwierigkeiten: wir haben nicht genügend darauf hingewiesen, wie verfallend das deutsche Reich ist, von dem man diese Zahlungen verlangt. Der Deutsch-nationale Antrag geht von der Ansicht aus, der Reichskanzler habe sich auf die geforderten Leistungen bereits festgelegt. Diesen Eindruck habe ich nicht. Wenn die Ueberfälle unserer Industrie reißlos den Entente ausfallen, verlieren wir die Kraft, für den Wiederaufbau unseres Lebenshandels. Die Entwertung der Mark zeigt am besten den tatsächlichen Niedergang der deutschen Wirtschaft seit dem Kriege. Die deutsche Eintracht betrug vor dem Kriege 73 Millionen und kam bis 1920 auf 180 Millionen. Die besten kulturellen Kräfte gehen in Deutschland zugrunde (Bewegung). Der Zugang der neuen Reichen aus dem Ausland ist kein Erfolg. Ein gutes Antidumpinggesetz wäre die Aufhebung der deutschen Kriegseinsparungen. (Zusammenruf rechts.) Selbst Amerika führt die Stärkung des Welthandels, 1920 ereigneten sich in Amerika 8120 große Konfurrenzen im Betrage von

205 Millionen Dollars, 1921 war dies bereits auf 19.650 Konfurrenzen im Werte von 627 Millionen gestiegen. Die Ausfuhr fiel auf die Hälfte also auch für die Vereinigten Staaten gibt es eine Schicksalsgemeinschaft mit der ganzen Welt. Auch in England ist die Ausfuhr um 45 Proz. gesunken. Lord George hat sogar von verlorenen Provinzen, nämlich dem verlorenen Handel, gesprochen. Selbst die Schweiz und Holland verzeichnen einen wirtschaftlichen Niedergang. Wenn die Teuerungswelle sich fortsetzt, dann wird sich die Wirkung des Niederganges im Ausland noch ganz anders zeigen als in Deutschland. Die Form internationaler Syndikate sollte nicht die einzige sein, in der man Ausland gegenüber verhandeln sollte. Es darf nicht der Eindruck in Ausland erweckt werden, als ob es eine Ausbeutungskolonie des internationalen Kapitals werden sollte. Wir sollten die Stimmen für den Wiederaufbau erheben. Das ist die Auffassung meiner Fraktion.

In der Frage der Kriegsschuld ist der italienische Ministerpräsident Nitti ein Beweis dafür, daß man auch auf der Gegenseite anfängt, der Wahrheit die Ehre zu geben. Er hat erklärt, es wäre lächerlich, Deutschland allein die Verantwortung am Kriege zuzuschreiben und zu bestrafen, daß vor dem Kriege in Europa ein Zustand herrschte, der mit Unabwendbarkeit zum Kriege führen mußte. (Hört, hört!) Wir brauchen die Behandlung der Kriegsschuldfrage in Genua nicht zu scheuen.

Die Erfüllung der gegnerischen Forderungen ist unmöglich. Wer keine weitere Entwertung der Mark will, muß sich auch gegen die anderen Leistungen wenden. Der Reichskanzler hat nicht die Erfüllung der 720 Millionen Goldmark und der 1450 Millionen Sachleistungen zugesagt. Er hat im Gegenteil darauf hingewiesen, daß die deutsche Zahlungsfähigkeit ungeheuer verringert worden ist. Für die Erfüllung ist schon in diesem Jahre eine auswärtige Anleihe notwendig. Das Programm von Genua hat zwei Hauptpunkte: Die Schaffung einer sicheren Grundlage für den Böhmerwald, wirtschaftlicher Wiederaufbau Mittel- und Osteuropas. Die Durchführung dieses Programms ist nur möglich in einem gesunden Deutschland. Die Fortsetzung der bisherigen Politik Deutschland gegenüber ist dann unvereinbar, aber auch die Erfüllungspolitik im bisherigen Umfang ist unmöglich.

Das Steuerkompromiß stellt die letzte Spitze der Möglichkeit dar.

Die Presse zur Kanzlerrede.

Berlin, 29. März. Die gesamte Berliner Presse kommentiert in mehr oder weniger langen Artikeln die Rede des Reichskanzlers im Reichstag. Dabei beurteilen die Blätter nach ihrer Parteigattierung die Regierungserklärung. So sagt das „Berliner Tageblatt“, daß das klare Nein des Reichskanzlers einen starken Eindruck im ganzen Hause hervorgerufen habe. — Die „Deutsche Tageszeitung“ hebt hervor, daß die Erklärungen zu spät, zu wenig und zu schwach seien. — Die „Germania“ spricht von Brüning klarer Antwort und glaubt, er dürfte nicht nur im ganzen Lande einen zutreffenden Widerhall von seltener Kraft finden, sondern er müßte auch das Ausland mit seinen Ausführungen überzeugen. — Die „Vossische Zeitung“ hebt hervor, daß die Entente kein Recht habe, über den Leib, den der Reichskanzler ansetzt, irgendwie verwundert zu sein. Kein deutscher Reichskanzler und würde er selbst den Reichen der unabhängigen Sozialdemokraten entkommen, hätte in seiner Abweisung der Note der Reparationskommission anders und weniger scharf sprechen können. — Die „Tägliche Rundschau“ betont: Das erste Nein! fügt aber hinzu, daß der Reichskanzler von seiner Tapferkeit schon im ersten Angriff viel zurückgibt. Wir erheben Einspruch, aber immerhin wollen wir über die Sache reden. Wir stellen die Unmöglichkeit fest, aber immerhin wollen wir weiter am Unmöglichkeit arbeiten. Die Grenze zu seiner Unerbittlichkeit ist völlig verlegt, nach ehe er zu Ende ist. — Die „Deutsche Zeitung“ spricht von Brüning bedingtem Nein und meint, seine Stärke liege in der Klage und geflagt hätte er gefestigt, so daß es selbst Herrn Poincaré jammerlich mühe. — Der „Vorwärts“ bemerkt, eine Kundgebung des Regierungschefs pflegt sonst eine solche zu sein, in der er in der Innen- und Außenpolitik des Landes neue Wege zu neuen Zielen weisen will. Wenn in Deutschland jedoch eine Regierungserklärung auf der Tagesordnung des Reichstages steht, deshalb ausländische Diplomaten und Journalisten in großer Zahl in das Reichstagsgebäude lockt, so ist sie gemeinhin der Verteidigung und der Abwehr gegen neue und drückende Forderungen der militärischen Sieger gewidmet. Unter diesem trüben Stern stand auch die Rede, die der Reichskanzler gelesen hielt. — Die „Kreuzzeitung“ sagt scharf, es gebe nur eine wirksame Abwehr der unmöglichen Forderungen, und diese wäre der Rücktritt des Reichskanzlers und eine Verringerung des politischen Systems. — Die „Frankfurter Zeitung“ bemerkt zu der Kanzlerrede, würdig und ernst hat gestern der Reichskanzler vor der Öffentlichkeit Deutschlands und der Welt auf die Note der Reparationskommission geantwortet. Er wird, das wird wir überzeugt, für diese Politik die ganze Mehrheit des Volkes hinter sich haben, wenn er für beide Teile seiner Antwort, für ihr Ja und für ihr Nein, die Kraft der Bewirkung durch die Tat einsetzt wird.

Deutschland.

Berlin, 30. März. Nachdem es der Regierung gelungen ist, für ihre Haltung zu der Note der Reparationskommission eine Einheitsfront zu schaffen und von

der Volkspartei bis zu den Sozialdemokraten sich eine Übereinstimmung in den wesentlichen schwebenden Fragen ergeben hat, so wird jetzt von allen diesen Parteien angestrebt, sofort in Verhandlungen über die Schaffung einer breiten Koalition einzutreten. Die breite Koalition von der Volkspartei bis zu den Sozialdemokraten wird auch vom Reichskanzler gewünscht, der Wert darauf legt, nach außen hin sich stets auf eine geschlossene Mehrheit im Reichstage stützen zu können. Die sozialdemokratischen Einwände gegen den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die breite Koalition sind, wie wir von parlamentarischer Seite hören, fallen gelassen.

Berlin, 28. März. In einer in Rendsburg abgehaltenen Versammlung sprach Reichstagspräsident Ebert über die politische Lage. Er gab die Unmöglichkeit zu, die Gegner Deutschlands von der Unsinngigkeit ihrer Forderungen zu überzeugen und bezeichnete es als unmöglich, daß durch diese neuen Forderungen eine Regierungskrise geschaffen werde. Ueber die Konferenz von Genua sagte er, dort solle die Angliederung Deutschlands an die übrige Welt erreicht werden. Wenn man auch wisse, daß die Besprechungen in Genua die Dinge doch nicht von Grund auf ändern, so würde doch immerhin hoffentlich ein Anfang dazu gemacht werden.

Berlin, 27. März. Die schweizerisch-deutsche Hilfsaktion hat auf Vorschlag ihres Ehrenvorsitzenden, des deutschen Gesandten Dr. Adolf Müller in Bern, neuerdings beträchtliche Mittel zur Förderung der Unterstützungsfaktion für notleidende deutsche Studenten bewilligt. Es erhielten der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld zur Verteilung an die sozialen Institute der bayerischen Universitäten (Studentenhaus München u. s. w.) 1 Million Mark, der württembergische Staatspräsident Dr. Sieber für die Universität Tübingen (Tübingen Studentenhilfe) und die Technische Hochschule in Stuttgart 1 Million Mark, der badische Staatspräsident Dr. Hummel für die beiden badischen Universitäten und die Technische Hochschule zu Karlsruhe ebenfalls eine Million Mark. Die schweizerisch-deutsche Hilfsaktion glaubt ihre Aktion auf die notleidende Studentenschaft der genannten süddeutschen Staaten beschränken zu können in der Annahme, daß die Hochschulen in den übrigen Teilen des Reiches aus anderen neutralen Staaten Hilfe erhalten.

Berlin, 30. März. Wie wir zuverlässig von parlamentarischer Seite hören, rechnet man in sozialdemokratischen Kreisen damit, daß bereits in nächster Zeit die Gruppe Weischedel aus der U. S. P. D. ausscheidet und sich der sozialdemokratischen Partei anschließt.

Berlin, 29. März. Gestern abend hielt der frühere russische Minister und Führer der konstitutionellen Demokraten („Kadetten“), Paul Nikolajewitsch Miljukow, in der Philharmonie einen Vortrag über die gegenwärtige Lage und die Zukunftsaussichten Russlands. Als Miljukow seine mehrstündigen Ausführungen mit dem Ausblick auf eine Entwicklung Russlands zur demokratischen Republik geschlossen hatte, verließ er die Tribüne, um eine Pause zu machen. Er hatte gebeten, es möchten aus dem Publikum Fragen gestellt werden, die nach der Pause beantwortet werden sollen. In dem Augenblick, als er die Tribüne verlassen hatte, um aus dem Saal zu gehen, drängten sich mehrere mit Revolvern bewaffnete jüngere Männer zu ihm hin und gaben aus einer Entfernung von wenigen Schritten mehrere Schüsse auf ihn ab. Diese Schüsse wurden mit lebhaften, aber unverständlichen (wohl russischen) Ausrufen begleitet. Miljukow stürzte sofort nieder. Nabokow, der früher mit Miljukow zusammen in Petersburg die Zeitung „Netsch“ herausgegeben hat und gleich Miljukow zu den Führern der Kadettenpartei gehört hatte und im Augenblick des Attentats dicht neben Miljukow gestanden war, stürzte vor, um seinen Freund zu schützen, wurde aber selbst getroffen und stürzte vornüber zu Boden. Einer der Attentäter feuerte aus nächster Nähe drei Schüsse auf den Darlegenden. Im Publikum entstand eine gewaltige Panik, um so mehr als die Attentäter auch Schüsse in das Publikum hinein abfeuerten. Wie sich herausstellte, ist Miljukow unverletzt geblieben. Anscheinend sind die ersten Schüsse fehlgegangen und der Sturz Miljukows, der ihm anscheinend das Leben gerettet hat, ist wohl nur durch die im Publikum ausgebrochene Panik verursacht worden. Dagegen ist Nabokow unmittelbar nach dem Attentat seinen schweren Verletzungen erlegen. Außerdem sind mehrere Personen aus dem Publikum verwundet worden. Nach dem Attentat stellten sich zwei Attentäter auf die Rednertribüne und hielten in die panikartig flüchtenden Menschen hinein erregte Ansprachen, aus denen hervorging, daß sie durch den Revolveranschlag auf den in Russland auf dem linken demokratischen Flügel des Bürgeriums stehenden Miljukow ihre Parteifreunde rächen wollten. Zwei Attentäter sind später durch die Wächter des Publikums verhaftet worden.

Darmstadt, 27. März. In der letzten Landtags-Sitzung teilte Staatspräsident Ulrich auf eine Anfrage der Unabhängigen mit, daß dem Landtag zunächst ein Gesetzentwurf zugeht, wonach am 1. Mai gesetzlicher Feiertag werden soll.

Köln, 29. März. In der Dienstag-Abendausgabe der „Köln. Ztg.“ veröffentlicht Admiral Scheer unter der Überschrift „Meine Zeitforderung“ einen bemerkenswerten Aufsatz über die durch das Diktat der Reparationskommission geschaffene Lage. Er führte u. a. aus, daß wir darauf angewiesen seien, Verständnis für unsere Lage bei den Neutralen zu erwecken und bei denjenigen ehemaligen Feinden, deren Wirtschaftsleben mit dem unsrigen eng verbunden ist, Dagegen werde freilich eingewendet, England habe sich Frankreich gegenüber stets nachgiebig gezeigt und es sei auf seine Hilfe nicht zu rechnen. Admiral Scheer bemerkt demgegenüber, daß sich in England doch ein völliger Umschwung dahin vollzogen habe, daß die wirtschaftliche Herrschaft Deutschlands auch für England verhängnisvoll werden müsse. Er bezeichnet die Forderung der Reparationskommission als unerfüllbar und unerträglich. Die deutsche Regierung dürfe jetzt nicht versuchen, etwas davon abzuhandeln, um im großen und ganzen sich bereitzufinden zu lassen zur weiteren Befolgung der Erfüllungspolitik. Diese habe ihre Grenze mit der im Januar abgegebenen Erklärung, daß wir zu weiteren Leistungen unfähig seien, erreicht. Dazu brauche die Regierung aber eine Einheitsfront von der Sozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei.

Paris, 28. März. Im Senat sagte Senator Verranger, man müsse feststellen, daß die Reparationskommission bis jetzt nicht sehr befriedigt habe. Das Land wolle nicht in den Steuern untergehen, sondern es wolle, daß Deutschland bezahle. Man sehe Deutschlands Fabriken in voller Tätigkeit, seinen blühenden Handel, seine wirtschaftliche und militärische Wiedererhebung. Aber Deutschlands steuerliche Anstrengungen seien dreimal geringer als die Frankreichs und Englands. Wenn Deutschland nicht die nötigen Anstrengungen mache, müsse man die Pfänder benötigen, die durch den Versailler Friedensvertrag festgesetzt seien. Frankreich erwarte, daß die Reparationskommission ihre Pflicht erfülle. Es wäre für Frankreich kläglich, wenn es nicht Deutschland zu zwingen versuche, daß es bezahle, was es schulde.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 29. März. In der fortgesetzten Landwirtschaftsdebatte wählte Abg. Dörr (Vd.) eine eingehende Belehrung der Landwirte, damit sie die Produktion steigern können, und trat lebhaft für die Produktionssicherung im Interesse der Volkswirtschaft ein. Wenn man die Zwangswirtschaft wieder einführen wolle, dann dürfe das nicht nur bei der Landwirtschaft geschehen, sondern müsse auf allen Gebieten durchgeführt werden. Der Landbund werde verlangt, wenn die Meinung verbreitet sei, er sei nur dazu da, um die Preise zu steigern, oder um das Volk anzuführen.

Abg. Weiskamp (Ztr.) befahte sich eingehend mit dem Landbund und nahm die alten landwirtschaftlichen Organisationen gegen die Vorwürfe in Schutz, daß sie für die Wünsche der Landwirtschaft nicht eingetreten seien. Redner erörterte die Einwirkung des Dollarkurses auf die Getreidepreise und erklärte, hier hätten Leute ihre Hand im Spiel, die ein Interesse an der Einführung der Zwangswirtschaft haben, so die Beamten der Reichsgetreidekasse und der Grundbesitzerverbände. In Fühnen sei die offene Hand der Landwirte. Die fast reißende Ablieferung der Getreideumlage sei ein Beweis dafür, daß die Landwirtschaft mithelfen wolle, einen niederen Brotpreis zu erzielen. Viele Landwirte hätten an den heutigen Getreidepreisen keine Freude und es sei ihnen Angst um die Zukunft. Der Redner wandte sich dann in scharfen Worten gegen die Aufkäufer und Käufer, die das Land überschwemmen, und forderte die Verbraucher auf, ebenfalls den schärfsten Kampf gegen die Aufkäufer aufzunehmen.

Abg. Strobel (Soz.) wandte sich gegen die Ausführungen des Abg. Maties (D.V.P.). Die Landwirtschaft habe sich unter der Monarchie besser befunden als unter der Republik. Dies sei unrichtig. Das Aufkäuferunwesen würde mit dem Tage aufhören, an dem jeder Landwirt dem Aufkäufer die Türe weisen würde und er seine Ware dorthin abliefern, wo sie von einer Zentrale an die Allgemeinheit weitergeleitet wird. Das habe aber der Landwirt bis heute nicht getan. Durch die freiwillige Liebesbereitschaft des Landwirts könne die Not der städtischen Bevölkerung nicht behoben werden. Hätten wir nicht in den Städten die tausende und abertausende von Kleingärten, so wäre es mit unserer Ernährung noch weit schlimmer bestellt.

Der letzte Redner der Mittwochs-Vormittags-Sitzung, Abg. Seubert (Ztr.) befahte sich hauptsächlich mit der Landwirt-

schaftsdebatte und erörterte, der seinerzeit von dem früheren demokratischen Abg. Dr. Reier im Auftrag des Landtags erlassenen Bericht über das Geschäftsgebarung der Landwirtschaftskammer sei mit Fleiß und großer Geschicklichkeit ausgearbeitet worden und habe die Zustimmung des betr. Ausschusses gefunden. Man müsse sich über das Vordringen der Landwirtschaftskammer wundern, gegen die noch hundert von Projekten schwebten und zwar gerade die letzten Projekte. Der Redner stellte an den Minister die Frage, ob es richtig sei, daß die Geschäftsbücher der Landwirtschaftskammer über ihre Geschäfte während der Kriegswirtschaft nicht mehr existierten. Der Vorschlag der Landwirtschaftskammer sei deshalb so spät fertig geworden, weil die Landwirtschaftskammer für den Landbund habe Wahlen machen müssen. Auf einen Zuruf bemerkte der Redner: Der Landbund, der Genossenschaftsverband und die Landwirtschaftskammer sind ein Ganzes. Was der eine tut, tut auch der andere. Redner polemisierte noch gegen den Landbund, dem es nicht gelingen werde, die katholischen Bauern auf seine Seite zu bringen.

Nachmittags geht die Aussprache weiter.

Die Landwirtschaftsdebatte geht ihrem Ende entgegen.

Karlsruhe, 29. März. In der Nachmittags-Sitzung kamen noch einige Redner des Zentrums, der Kommunisten und des Landbundes zu Wort. Besonders neue Punkte wurden nicht vorgebracht. Vom Zentrum äußerte sich Abg. Ziegler-Rangenberg zur Zwangswirtschaft und Abg. Koedel erzählte von seinen Erlebnissen mit den Schwarzbrechern, die ihn stark belästigt hätten, weil er ihre Handlungsweise scharf verurteilt habe. Er habe zahlreiche anonyme Briefe mit Beleidigungen und schweren Bedrohungen erhalten.

Der komm. Abg. Hof gab der Meinung Ausdruck, daß das Mißverhältnis für die Landwirtschaft kein Mißverhältnis für die Industrie sei. Das Verlangen der Inlandsaufkraft mache sich auch bei dem Landwirt bemerkbar. Redner wandte sich gegen Preissteigerungen über seine Periode und schlug dabei einen ziemlich heftigen Ton an, der den Präsidium veranlaßte, den Redner zur Mäßigung zu mahnen. Eingehend nahm der Redner noch Stellung gegen den Landbund. Von diesem sprach dann Abg. Kläber, der die Landwirtschaftskammer gegen die Angriffe des Zentrums abgeordnetem Seubert in der Vormittags-Sitzung in Schutz nahm. Als Mitglieder der Landwirtschaftskammer müsse man gegen die ausgesprochene Diskreditierung der R. S. Bewahrung einlegen. Die Landwirtschaft sei bereit mitzuhelfen, daß auch die Kinderbewirtschafter ihr Brot essen, es dürfe aber nicht auf Kosten eines Standes geschehen.

Am Donnerstag nachmittags soll, wenn irgend möglich, die Landwirtschaftsdebatte zu Ende geführt werden.

Neue Anträge im Badischen Landtag.

Karlsruhe, 28. März. Dem Landtag sind eine Reihe neuer Anträge zugegangen. Darunter befindet sich ein Antrag, unter Verweisung von sämtlichen weiblichen Abgeordneten des Hauses, der lautet: Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu erziehen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß möglichst bald den verheirateten Beamtinnen der Austriak aus dem Staatsdienst dadurch erleichtert werden soll, daß ihnen eine entsprechende Abfindungsumme gewährt wird.

Sodann liegt von Abgeordneten des Zentrums und der Deutschnationalen ein Antrag vor, folgenden Inhaltes: Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu erziehen, den ersten Satz des § 53 der Schulordnung für die Volksschulen dahin abzuändern, daß er lautet: An allen Volksschulen sind die Tage vom 24. Dezember bis 2. Januar und vom Gründonnerstag bis mit zweitem Montag nach Ostern sowie die gemeinschaftlichen Feiertage (Christi Himmelfahrt und Pfingstmontag) schulfrei.

Ferner haben Abgeordnete der Deutschen (liberalen) Volkspartei, der Demokraten, des Landbundes und der Deutschnationalen einen Antrag über die Zusammenfassung der Steuerzuschüsse eingebracht, der dahin geht: Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu erziehen, ersens der Reichsregierung auf eine Minderung der Vorschriften der Reichsabgabenordnung über die Bildung der Steuerzuschüsse (von den besonderen Zuschüssen abgesehen) nach Vorbild der früheren badischen Schatzungsräte hinzuwirken, 2. bei dem Landesfinanzamt die Bildung eines besonderen Ausschusses für jeden Steuerbezirk zur Erledigung der Einsprüche von Landwirten gegen die Steuerbescheide zu ernennen.

Weiterhin ist dem Landtag eine förmliche Anfrage der Deutschnationalen Fraktion zugegangen, in der Maßnahmen gegen eine Überflutung badischer Landesstellen durch salutarische Ausländer gefordert werden.

Baden und Nachbarstaaten.

Tagung in Baden.

Karlsruhe, 28. März. Der Bund erblindeter Krieger Bezirk Baden, hielt letzter Tage hier eine Generalversammlung ab, der auch Vertreter der Regierung und der Landesvorsitzende Munz-Berlin, anwohnten. Nach dem Geschäftsbericht zählte Baden am Ende des Jahres 1921 65 Kriegsblinde, die sämtlich bis auf drei im Bund organisiert sind. 65 Kriegsblinde bedienen sich des Bundes als Führer. Der Jahresbericht erwähnt sodann, daß es in Baden nicht leicht ist, die Kriegsblinden in der Industrie unterzubringen und er spricht die Erwartung aus, die badische Industrie möge in dieser Hinsicht etwas mehr entgegenkommen zeigen. Gutes hat die Unterstützungskasse geleistet. Im Verlauf der weiteren Verhandlungen zeigte es sich, daß die Lage der meisten Kriegsblinden eine recht drückende ist; die meisten haben ein monatliches Einkommen von nur 1000 bis 1200 Mark oder noch weniger. Bedauert wurde, daß die Reichsleitung die Kriegsblinden nicht unterstützt. Hauptlehrer Karl Köhle-Karlsruhe wurde zum Vorsitzenden wiedergewählt.

** Karlsruhe, 28. März. In der vergangenen Nacht ist an den Folgen eines Schlaganfalls der frühere langjährige zweite Landesvorsitzende der Fortschrittlichen Volkspartei, Professor Reinhold Helmig, gestorben. Aus Langenmühlbach bei Durlach stammend hatte sich der Entschlafene zuerst der Theologie zugewandt, war dann 1901 in den badiischen Schuldienst übergetreten und wirkte seit 1907 an der hiesigen Oberrealschule. Am politischen Leben nahm Prof. Helmig früher regen Anteil; er war außer in der Landesorganisation, auch als Vorsitzender des Karlsruher Ortsvereins der Fortschrittlichen Volkspartei tätig und gehörte auch dem Bürgerausschuß an.

Mannheim, 29. März. Am Montag abend entpand eine empfindliche Störung in der Elektrizitätsversorgung. Die ganze Beleuchtung erlosch und die Straßenbahn blieb stehen. Im Bürgerausschuß mußte man zu Kerzen und Nadelkerzen greifen. All diesen Wirwar hat eine kleine Maus angerichtet. Die Direktion des städt. Elektrizitätswerkes erklärt nämlich, eine Maus verursachte Kurzschluß in der Leitung eines Hilfswerkes der Zentrale. Die Störung dauerte 20 Minuten.

Mannheim, 29. März. Die Polizei veranstaltete gestern abend ein Mazza in einer Berge und in einer Wein- und Tanzdiele. Hierbei wurden 31 Personen vorläufig festgenommen. Ein Teil der Beschäftigten wurde nach Prüfung ihrer Papiere wieder entlassen. — Am Sonntag führte ein 63jähriger Tagelöhner namens Ferdinand Mosbauer die Treppe hinunter und erlitt einen Schädelbruch, an dessen Folgen er starb. — Wegen Zurücksetzung in seinen Dienstverhältnissen machte der 55jährige verh. Oberbauarbeiter Wilh. August Orth in Frankenthal sein Leben ein Ende, indem er sich die Pulsader durchschnitt.

Heidelberg, 29. März. Im Alter von 78 Jahren ist gestern der Ehrenbürger der Stadt, Geh. Kommerzienrat Wilhelm Landfried, der Mitinhaber der bekannten Tabakfabrik P. J. Landfried hier, gestorben. Am Badens Handel und Industrie hatte sich der Entschlafene große Verdienste erworben, vor allem um die badische Tabakindustrie, gehört doch die Firma Landfried zu den allerersten der Tabakbranche in Baden. Viele Jahre hindurch gehörte Geh. Kommerzienrat Landfried auch dem Bürgerausschuß an und durch zahlreiche große Einnahmen hat er seine Vaterstadt unterstützt, die ihm in Dankbarkeit im Herbst 1915 das Ehrenbürgerrecht verlieh.

Stuhl, 30. März. Straßburger Blätter beklagen sich über Übergriffe an der Kehler Rheinbrücke durch die französischen Grenzposten. Friedliche Leute wurden, nachdem sie bereits die Passkontrolle ohne Anstoß passiert hatten, ohne weiteres angehalten und ihres Passierscheines beraubt. Wer sich gegen die in jeder Weise unangenehme Behandlungsweise beschwerte, wurde unter brutalen Prüfen und Stößen abgeführt und bis um 2 Uhr morgens festgehalten. Der Passierschein wurde diesen Personen natürlich nicht wieder ausgehändigt. (Diese Vorgänge an der Kehler Rheinbrücke gehören auch in das Kapitel der Lebenswürdigkeit gegenüber den Elsaßern.)

Freiburg, 29. März. Anstelle des in den Ruhestand tretenden bisherigen Direktors des Verhuldungsgymnasiums Geh. Hofrat Dr. Runo Fesch ist, nachdem Prof. Dr. Detmar Mayer auf die Übernahme des Direktors

Das Haus der Gnade.

Roman von Otfried v. Danneberg.

(Nachdruck verboten.)

1. Kapitel

Stöttingen, fünf Minuten Aufenthalt! Der Schnellzug hielt, Privatdozent Dr. Paul Schimper ergriß seine kleine Reisetasche, sprang auf den Bahnsteig und eilte in raschen Schritten seiner Wohnung in der Beenderstraße zu. Die letzten Besprechungen im Ministerium, die Erhebung der von der Regierung angebotenen Gelder und der Einlauf der notwendigen Reiseausstattung hatten ihn länger, als er geglaubt, in Berlin aufgehalten und morgen ging schon der Dampfer, der ihn zu seiner Forschungsreise nach Afrika bringen sollte. So mußte er also mit dem Nachtzuge nach Hamburg weiterfahren, und es blieben ihm nur ein paar Stunden, um von dem Städtchen, in dem er die letzten drei Jahre gelebt und gearbeitet hatte, vor allem aber vom Geheimrat Weber, dessen Assistent er gewesen und auf dessen Hause er wie ein Mitglied der Familie verkehrte, Abschied zu nehmen.

Er trat in die Wohnung und ließ seine Blicke über die ausgedürrten Bücherregale und Schränke und über die gewaschenen Koffer gleiten.

Wie unglücklich sah das Zimmer aus, in dem er so glückliche Stunden verlebt hatte! Nun war er am Ziel, das er erhebt und erstrebt, ihm, dem verhältnismäßig so jungen Forscher, war die ehrenvolle Aufgabe zugefallen, auf Staatskosten im Inneren Afrikas die kühnen Gedanken, die Geheimrat Weber über gewisse Völkerverwandtschaften angestellt hatte nachzuprüfen, aber in diesem Augenblick, wo er im Begriff stand, die Reise, die den ersten Grundstein zu seinem eigenen Ruhm legen sollte, anzutreten, übermorgens trog allem ein wehmütiges Gefühl des Abschiednehmens die Freunde.

Er trat an den kalten Schreibtisch und fand auf demselben einige Briefe, von denen der eine, den er zuerst ergriff, von seiner Mutter aus Königsberg war.

„Mein lieber Junge! Daß Du nicht mehr Zeit hast, noch einmal zu mir zu kommen, tut mir leid, aber ich sehe Deine Gründe ein. Fahre mit ruhigem Herzen, wir haben uns ja vor sechs Wochen schon Lebwohl gesagt und um mich brauchst Du wirklich keine Angst zu haben. Ich bin Gott sei Dank noch rüstig und gesund und hoffe es noch ein paar Jährchen zu bleiben. Sei nur Du selbst vorichtig, daß Du mir wieder heimkommst. Onkel Forstmeister hat nach Hamburg fahren und Dir in meinem Namen das Geleit geben. Alle Königsberger senden Dir herzlichste Grüße und, denke Dir, auch Erika von Bojer, die ich zufällig gestern auf einer kleinen Gesellschaft im Hause des Regierungspräsidenten gesehen habe. Du kennst ja meine Gedanken, lieber Junge, ich weiß auch, daß Du für das blonde Mädchen nicht viel übrig hast, und will Dir gewiß jetzt nicht mit Dingen kommen, für die Du in diesem Augenblick am wenigsten Sinn haben wirst, aber schick ihr doch manchmal eine Karte. Ich glaube, sie würde sich sehr freuen, und die Bojers sind schwer reich. Sie würde Dir sicher keinen Korb geben und Dir vieles erleichtert werden, wenn Du nicht so auf Dein Gehalt angewiesen wärest. Du hast ja nun genug Zeit, darüber nachzudenken, und vielleicht ändern sich Deine Anschauungen.“

Er ließ den Brief sinken, vor seinem Auge erliefen das fröhliche, etwas gezierete Mädchen, das durch seine übertriebenen eleganten Kleidung den Rest ihrer ohne Zweifel hübschen, wenn auch alltäglichen Erscheinung beeinträchtigte, und auf seine Lippen trat ein Lächeln.

„Nein, Mütterchen, du meinst es ja gut, aber Erika von Bojer?“

Und er sah ein anderes Bild. Ein stilles, trauriges Gelehrtenmädchen, an dem großen Schreibtisch ein grelter Mann, das geistvolle Antlitz von silbernen Locken umrahmt, und neben ihm, lieblich über ihn gebeugt, ein zartes, schlankes Mädchen mit dunklem Haar und ernsten, seelenvollen Augen. Er sprang auf und dehnte die Arme.

„Tor, der er war, daß er hier lag und nicht zu ihr eilte. Heute durfte er sie ja noch einmal sehen. Agnes Weber, die Tochter des Geheimrats, und wer weiß, ob

diese Stunde des Abschieds nicht seinem Leben einen ganz neuen Inhalt gab.

Schnell lieckte er den Rest der Mutter in die Tasche, meckelte die Kleidung und trat wieder auf die Straße.

Nicht an den Stadtnuß mit seinen uralten, schattigen Bäumen geschmiegt, stand das Hauschen, das Geheimrat Weber mit seiner Tochter Agnes, die ihm nach dem Tode seiner Frau nun schon seit Jahren die Wirtschaft führte, bewohnte. Es war ein schlichter, mit Feuer umrankter Bau, der, etwas abseits von der Straße, in einem sorgfältig gepflegten Garten versteckt lag, und vor der Tür des Hauses stand die braunäugige Tochter des Gelehrten. Sie hatte einigen Tauben, die vor ihr im Sande pickten, Futter hingestreut, aber heute hatte sie keinen Blick für ihre bescheidenen Vögelchen, sondern schaute in wehmütiger Sehnsucht über den Vorgarten zur Straße. In diesem Augenblick öffnete Dr. Schimper die äußere Gittertür, und ein freundliches Rot stieg in die blauen Wangen des Mädchens.

Auch der junge Privatdozent fühlte das Blut in sein Gesicht steigen, als er die liebliche Gruppe sah, und sein Herz pochte, als Agnes ihm mit ausgestreckter Hand entgegen trat.

„Guten Abend, Herr Doktor. Also kommen Sie doch noch! Vater hat Sie schon den ganzen Tag erwartet, denn wir wissen ja, daß morgen Ihr Dampfer abfährt, und es hätte ihm sehr leid getan, wenn er Sie nicht mehr gelebt hätte.“

„Nur ihm? Haben Sie mich nicht auch ein klein wenig erwartet, Fräulein Agnes?“

In seiner Stimme lag ein leises Bittern, das seine innere Bewegung verriet.

„Aber gewiß, Herr Doktor.“

Unwillkürlich lenkte sie das Köpfchen und einen Augenblick dann sah beide etwas befangen gegenüber.

„Aber vergehen Sie, ich will dem Vater Bescheid sagen, er arbeitet noch in seinem Zimmer. Bitte gehen Sie doch inzwischen in die Laube. Sie wissen ja Bescheid.“

(Fortsetzung folgt.)

berichtet hat, der Direktor des Gymnasiums Tauber-
bischofsheim, Dr. Jos. Langle, ernannt worden. Di-
rektor Langle ist geboren am 27. Dezember 1871 in
Bruchsal, wurde zum Priester geweiht am 4. Juli 1894
und war vor Uebernahme der Leitung des Gymnasiums
Tauberbischofsheim längere Zeit Professor am Frei-
burger Friedrichsgymnasium.

Billingen, 28. März. Das bekannte Schwarzwaldb-
hotel wird nicht an eine Ortskrankenkasse übergeben, son-
dern ist an den Hobilier Strittmatter in Lochau am Ho-
densee für 4 1/2 Millionen Mark samt den Vorräten an
Wein usw. verkauft worden. Die Stadt Billingen ist mit
einer Hypothek von 1 1/2 Millionen Mark an dem Unter-
nehmen beteiligt. Das Anwesen wird als Kurhotel weiter-
geführt.

Aufruf!

Durch Ausbruch des südwestlich vom Belschen in einer
Höhe von nahezu 1000 Meter gelegenen Vernies, können
weitläufiger genaunt, sind am 1. 3. 1922 die Gemarkungen
Neuenweg-Heubronn (Bezirksamt Schönau i. B.) u. Büch-
schau (Bezirk Schopfheim) schwer heimgeschlagen worden. Auch
weitere Gemeinden des kleinen Wiesentales sind stark in
Mitleidenschaft gezogen worden. Die mit ungeheurer Macht
in Tal brauenden Wassermassen haben an Brücken, Stau-
anlagen, Wegen, Gebäuden, landwirtschaftlichen Gelände,
Feldern und Holzparzellen einen Schaden angerichtet, der
sich in seiner ganzen Größe noch nicht übersehen läßt, jeden-
falls aber in die Millionen geht.

Es ist ausgeschlossen, daß die Gemeinden und die ge-
hörigen Bewohner den Schaden aus eigenen Mitteln auch
nur einigermaßen wiedergutmachen können, sollten sie nicht
wirtschaftlich in schwerste Bedrängnis geraten.

In dieser Not wendet sich der unterzeichnete Hilfsaus-
schuß an die Mildebereitschaft aller Kreise mit der Bitte, durch
Geldspenden den durch die Hochwasserkatastrophe heimgeschla-
genen Gemeinden und Bewohnern zu helfen und das Unheil
nach Möglichkeit zu lindern.

Jede Gabe ist dankbar willkommen.
Wer reich gibt, gibt doppelt!

Der Hilfsauschluß
für die von der Hochwasserkatastrophe am 1. März 1922
heimgeschlagenen Gemeinden der Amtsbezirke Schönau i. B.
und Schopfheim:

Dr. Sagenunger, Oberamtmann des Bezirks Schönau i. B.,
Wintermantel, Oberamtmann des Bezirks Schopfheim,
Abbe, Landtagsabgeordneter und Bezirksrats-Behr, Bauer,
Bürgermeister-Büchschau, Vogt, Bürgerm. Neuenweg, Greiser,
Bezirksrat-Maulburg, Kuttler, Bürgermeister und Bezirks-
rat-Maulburg, Vic. Lehmann, Paretz-Neuenweg, Mez,
Fabrikant und Bezirksrat-Zell i. B., D. Specht, Debnau und
Kirchenrat-Zell i. B., Stern, Debnau-Zell i. B.

Spenden wollen auf Postcheckkonto Nr. 36730 beim Post-
amt Karlsruhe oder bei der Sparkasse Schönau auf
Giro-Konto Nr. 370 oder der städtischen Sparkasse Schopf-
heim auf Giro-Konto Nr. 255 einbezahlt werden.

Aus Stadt und Bezirk.

Durlach, 30. März. Ab 1. April d. J. tritt die neue
Gemeindeordnung in Kraft. Mit dem gleichen Zeitpunkt scheidet
die Stadtgemeinde Durlach aus dem Kreis der mittleren Stadt-
gemeinden aus und wird „Stadt“ im Sinne der neuen Gemeinde-
ordnung. Hieraus ergeben sich für unser Gemeinwesen wichtige
Veränderungen in öffentlich-rechtlicher Beziehung, die die Ge-
meindeverwaltung betreffen und von allgemeinem Interesse sein
dürften. Es soll deshalb mit den folgenden Darlegungen der
Vertrag gemacht werden, die wesentlichen Bestimmungen der neuen
Gemeindeordnung unter besonderer Berücksichtigung der Rechts-
stellung der „Städte“ innerhalb der Gemeindeordnung wenigstens
in ihren Grundzügen zu erläutern.

I. Allgemeine Bestimmungen.
Während bisher die Gemeindeverwaltung durch 2 Gesetze ge-
regelt war — durch die Städteordnung für die größeren Städte
des Landes (sogen. Städteordnungsstädte) und durch die Ge-
meindeordnung für alle übrigen Gemeinden — gilt vom 1. April
d. J. ab für alle badischen Gemeinden eine einheitliche Ge-
meindeordnung, die allerdings für die größeren Gemeinden eine
Erweiterung ihres Aufgabentranges und im Zusammenhang damit
eine größere Selbständigkeit vorsieht.

- Die Gemeinden werden nunmehr eingeteilt in:
- Gemeinden mit nicht mehr als 200 Einwohnern (Kleinere Gemeinden),
 - Kleine Stadtgemeinden und Landgemeinden mit mehr als 200 bis höchstens 4000 Einwohnern (Mittlere Gemeinden),
 - Mittlere Stadtgemeinden und Landgemeinden mit mehr als 4000 bis höchstens 15000 Einwohnern (Große Gemeinden),
 - Gemeinden mit mehr als 15000 Einwohnern (Städte) im Sinne dieses Gesetzes.

Da die Stadt Durlach die Grenze von 15000 Einwohnern
überschritten hat, rechnet sie zu den „Städten“ im Sinne vor-
stehender Einteilung.

Der Gemeinderat der Stadt führt künftighin die Amts-
bezeichnung „Stadt“, die Gemeindevorordneten führen die Amts-
bezeichnung „Stadtverordnete“.

An der der badischen Traditionen entsprechenden Zweiteilung
der städtischen Kollegien im Gemeinderat (Stadttrat) und Bürger-
auschluß hält auch die neue Gemeindeordnung fest. Die Magis-
tratsverwaltung mit ihrem Gegenstück zwischen Gemeindeverwaltung
und Gemeindevorstellung wurde ebensowenig wie die Bürger-
meistereiverwaltung mit ihrem Lebergewicht des Beamtenelementes
in der Gemeinde als der badischen Eigenart der Gemeindever-
waltung anerkannt.

Oberster Grundsatz auch der neuen Gemeindeordnung ist
das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden, das bereits in der
Reichsverfassung und in der badischen Verfassung gewährleistet
ist. Die Gemeinden sind Körperschaften des öffentlichen Rechts,
sie haben die Aufgabe, das geistige, sittliche, körperliche und
wirtschaftliche Wohl der Einwohner zu pflegen und sie zur Ge-
meinschaft des Volkes zu erziehen. Die Gemeinde ist aber nicht
nur kommunaler Selbstverwaltungskörper, sondern als Glied der
Staatsverwaltung auch berufen, nach näherer Bestimmung der
Reichs- und Landesgesetze sowie der Verordnungen an der all-
gemeinen staatlichen Verwaltungstätigkeit mitzuwirken. Die Auf-
sicht des Staats über die Gemeinden darf nur nach Maßgabe
der Gesetze ausgeübt werden, sie beschränkt sich darauf, die Ein-
haltung der öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen der Gemeinde
innerhalb der gesetzlichen Schranken zu überwachen.

Angelegenheiten der Gemeinden verbleiben rechtlich oder
zeitweiliger Art bilden nicht Gegenstand der staatlichen Auf-
sicht. Künftighin zur Ausübung der Staatsaufsicht ist für die
Städte künftighin nicht mehr das Bezirksamt, sondern der Landes-
kommisar, der in gewissen Fällen gemeinsam mit einem aus 6

Personen bestehenden, durch die Mitglieder der Kreisversammlung
im Verhältniswahlverfahren jeweils auf die Dauer von 4 Jahren
zu wählenden Beirat zu beschließen hat.

Neu ist die Möglichkeit des Zusammenschlusses mehrerer Ge-
meinden zu einem Zweckverband für die Erfüllung einzelner
Aufgaben, wie z. B. Elektrizitätsversorgung, Betrieb von Bahnen
und dergl.

II. Die Angehörigen der Gemeinde, ihre Rechte und Pflichten.

Die neue Gemeindeordnung beruht auf dem Grundsatz der
Einwohnergemeinde, d. h. sie regelt die politischen Rechte und
Pflichten der Einwohner gleichmäßig ohne Rücksicht darauf, ob es
sich um Bürger oder sonstige Einwohner handelt. Die den Ge-
meindebürgern hinsichtlich des Bürgergenusses zustehende Rechte
bleiben im Bürgerrechtsgesetz geregelt.

Die Teilnahme an den Gemeindevahlen ist davon abhängig
gemacht, daß der Gemeindegewählte 6 Monate in der Gemeinde
wohnt. Wer das Wahlrecht infolge Wegzugs verloren hat, jedoch
vor Ablauf von 3 Jahren in die Gemeinde wieder zurückkehrt,
erwirbt mit der Rückkehr das Wahlrecht wieder. Die näheren
Bestimmungen über die Voraussetzungen für die Ausübung des
aktiven und passiven Wahlrechts sind in den §§ 12 bis 17 der Gemein-
deordnung, wonach das Ausschneiden aus der Partei oder Wähler-
gruppe, auf deren Vorschlag jemand gewählt wurde, den Ver-
lust des ihm übertragenen Gemeindegewinns zur Folge hat.

*** Durlach, 29. März.** Aus der katholischen Pfar-
gemeinde wird uns geschrieben: Der Krieg mit seinen unersäglichen
Folgen hat der Volksseele in ihrem Denken und Fühlen tiefe
Wunden geschlagen. Wie oft schaute man in einem Abgrund
seelischer Verwilderung hinein, der jeden echten Volksgenossen mit
banger Sorge für die Zukunft unseres Volkes erfüllen mußte.
Die Tage der hl. Mission kamen, nicht ohne daß die Frage
aufstiege: „Werden die Frauen und Männer, Jungfrauen und
Jünglinge die ihnen angebotene Erneuerungswache auch gut be-
nützen? Oder ist die Zeit noch verflüht? Muß noch zugewartet
werden, bis sich die Volksseele erhellt hat?“ Der Erfolg der
Mission, wie wir ihn bis jetzt erlebt haben, hat dem Bestimmen
nicht recht gegeben. Dort gedrängt lauften die Scharen aus
allen Volksteilen den Vorträgen mit freudiger Begeisterung und
mit heiliger Ausdauer. Ein Mann ist es gewesen, der nach
einem kühnen Vortrag den Ausspruch tat: „Ich hätte noch
eine Stunde zuhören mögen!“ Es ist gewiß ein Opfer, neben
der Verdienlichkeit die hl. Mission mitzumachen, aber viele haben
es gebracht und haben sich vor — Tagesbeginn und am Nach-
mittag von der Arbeit weg und noch spät abends eingefunden,
und es hat's keiner bereut. Manchmal hat wohl der Hausherr
ein wenig brummig werden wollen, weil die gehobene Ordnung
in dieser Woche nicht eingehalten werden konnte. Aber ein
freundliches Wort besänftigte ihn, daß sich die Unmutsfalten
seiner Stirne wieder rasch glätteten. Glücklich Tage stehen uns
nach bevor: denn heute abend beginnen die besonderen Missions-
feiern und werden schöne Erinnerungen in die Seele der Teil-
nehmer eintragen. Mögen alle, die bisher noch ferne standen,
die Menschenjucht beiseite setzen und mitmachen. Wer solche
Tage mit gutem Willen mitmacht, der wird sie nicht vergessen,
werde er auch hundert Jahre alt.

D Durlach, 28. März. (Generalversammlung des
Konsumvereins für Durlach und Umgegend, e. G. m.
b. H.) Die ordentliche halbjährliche Generalversammlung am
Sonntag, den 26. März wies einen guten Verlauf auf. Geschäfts-
führer Dörner erstattete den Geschäftsbericht über das ver-
lossene Halbjahr 1. Juli bis 31. Dezember 1921. Die Ent-
wicklung des Vereins war eine durchaus gesunde und betriebende.
Im Dezember wurde das Anwesen des Zentralagers Weißen-
straße 18 zu einem für die heutigen Geldverhältnisse sehr an-
nehmbaren Preise von 250000 Mk. käuflich erworben. Bei den
heutigen teuren Preisen müßten viele Brudervereine Millionen
für Erweiterungsbauten und neue Zentralager aufwenden, dieser
Sorge ist der Verein um Jahre hinaus befreit. Der Umsatz
betrug 4 125 036 Mk., ein Mehr von 73 %. Voraussichtlich wird
gemein an der Steigerung im neuen Jahre, ein Umsatz von
ca. 10 Millionen erreicht werden. Die Steigerung bewegt sich
im Rahmen der übrigen Konsumvereine, besonders wenn in Be-
rücksichtigung gezogen wird, daß der Verein keine Bäckerei besitzt.
Hierzu bemerkt die Verwaltung, daß die Errichtung einer solchen
in Anbetracht der ungeheuren Kosten, etwas zurückgestellt werden
muß. Die Zahl der Mitglieder beträgt 3134. Die Haftsumme
beträgt 628 800, davon sind einbezahlt 372 815 Mk. = pro Mit-
glied 119 Mk. Der Warenbestand auf das Mitglied ist jedoch
632 Mk. Es steht also ziemlich fremdes Geld im Verein. Da-
her auch der Antrag, den Geschäftsanteil von 200 auf 400 Mk.
zu erhöhen. Die Spareinlagen der Mitglieder betragen rund
300 000 Mk. Er appelliert an die Mitglieder, alle künftigen
Spargebühren der Konsumvereinsparfasse, dem eigenen Unter-
nehmen, zuzuführen. Die Verzinsung beträgt 4% und 5%. Der
Verein haftet mit seinem ganzen Vermögen für die Einlagen.
Ueberzeugend wies der Geschäftsführer an Hand von Vergleichs-
zahlen, welche Vorteile im Einkauf von Waren die Mitglieder be-
sonders z. B. genießen. Die Kleinverkaufspreise sind infolge
der raschen Wertung niedriger als die Preise im Großhandel.
Eine am Tage vor der Generalversammlung gemachte Stich-
probe ergab, daß z. B. 12 Artikel des täglichen Bedarfs im
Konsumverein 200,70 Mk. im Privatgeschäft 216 Mk. kosten,
allein ein Ersparnis von 15,30 Mk. dazu kommt noch die Rück-
vergütung. Der Reingewinn beträgt bis 31. Dezember 169 786 Mk.
An Umsatzsteuer hat der Verein im letzten Kalenderjahr 102 152 Mk.
zu zahlen. Die Umsatzsteuer der Konsumvereine wäre die größte
Ungerechtigkeit, indem der Verein ja nur den Auftrag des ein-
zelnen Mitgliedes ausführt, Waren für dasselbe zu kaufen.
Außerdem verfahren es die kleineren Geschäfte bei ihrer mangel-
haften Buchführung vorteilhaft, sich von der Steuer zu drücken.
Die vielen Klagen über die schlechte Zunderverföhrung lassen sich erst
dann abstellen, wenn die Regierung dazu übergeht, der rein willkür-
lichen Verteilung seitens der Fabriken und Großhändler Einhalt zu
geben. Die freie Wirtschaft hat hier zum Nachteil der ärmeren Be-
völkerung demoralisierend gewirkt. Die Diskussion bewegte sich in
zunehmendem Sinne. Das Ergebnis betriebliche allgemeine. Eine aus der
Mitte der Versammlung eingebrachte Protestresolution gegen die Um-
satzsteuer der Konsumvereine fand einstimmige Annahme. An
wichtigen Beschlüssen haben wir hervor: Der Antrag des Gesell-
schaftsrates auf Erhöhung des Geschäftsanteiles von 200 auf 400 Mk.
wird einstimmig angenommen. Der Kredit zur Erstellung
eines Wohnhauses auf dem eigenen Gelände unter Zuhilfenahme
des Bankkreditinstitutes der Gemeinde und Staat wird ein-
stimmig bewilligt. Die ausstehenden Aufsichtsratsmitglieder
Rudolf Gruner, Karl Müller, Eugen Reich, Christian Schuder
und Karl Stug wurden einstimmig wiedergewählt. Mit einem
Appell an die Mitglieder, auch ferner treu zum Konsumverein zu
halten, schloß der Vorsitzende die gut verlaufene Versammlung.

— Die Fernsprechanleihe steuerfrei. Die von der
Post geschuldeten Beträge für die von den Fernsprechtel-
nehmern hinterlegten Summen sind kapitalertragssteuer-
frei. Zu diesem Ergebnis kommt ein Urteil vom 15. Febr.
1922 des Reichsfinanzhofes für alle Fälle bis auf eine
Ausnahme. Nur dann, wenn es sich um Zinsen handelt,
die bei der Rückzahlung des ganzen Betrages zu zahlen
sind, kommt eine Steuerpflicht in Frage, wenn über sechs
Monate seit dem Tage der Hinterlegung bis zur Rückzah-
lung verstrichen sind.

— Gedenblätter für Kriegsteilnehmer. Von zu-
ständiger Seite wird darauf aufmerksam gemacht, daß
die badischen Kriegsteilnehmer oder deren Hinterbliebene
bei den Gemeindebehörden ihres Wohnortes die von der
badischen vorläufigen Volksregierung ihnen gewährten

Kriegserinnerungsblätter immer noch erhalten können.
Die in die Heimat zurückgekehrten Kriegsgefangenen seien
hierzu besonders hingewiesen.

Vermischtes.

Präsident Ebert nicht zu ermitteln. Wir lesen in der
„Berliner Morgenpost“: Das sozialdemokratische Blatt
in Karlsruhe besitzt einen Briefumschlag mit folgender
Adresse: „Herrn Reichspräsidenten Ebert in Berlin“.
Die Rückseite des Briefumschlages enthält einen auf-
geklebten Zettel, auf dem zu lesen ist: „Ohne Woh-
nungsangabe oder sonstige nähere Bezeichnung ist der
richtige Empfänger in Berlin nicht zu ermitteln. Post-
stempel: 6—7 N. Briefpost W. B. Entlastet 14. 1. 22.
Über noch mehr. Der Briefumschlag trägt ferner noch
folgenden Vermerk nebst amtlichen Siegeln: „Zur Er-
mittlung des Absenders amtlich geöffnet durch die
Oyd. Berlin.“ Es handelt sich also nicht um den Ull
einer nachgeordneten Stelle, sondern um eine Amts-
handlung der Oberpostdirektion Berlin.

Zwei Mädchen in der Badewanne ertrunken. Im
Baderaum des Bahnhofes in Petersdorf bei Hirsch-
berg (Schles.) wurden die 14-jährigen Töchter des Kot-
tenaufsehers Sturm und des Glaschneidemeisters Kar-
ner tot aufgefunden. Die beiden Mädchen hatten ge-
badet und sind dabei wahrscheinlich durch Wasseran-
schlag betäubt worden. Sie sind mit dem Kopf ins Wasser
gefallen und ertrunken.

Mord. Der verheiratete Stationsvorsteher Wilhelm
Hellwig in Steinhalden ist in seinem Stations-
raum ermordet aufgefunden worden. Der Körper wies
Schuß- und Stichwunden auf. Als Täter vermutet
man einen jungen Mann, der mit dem letzten Zug
von Waldbischbach nach Steinhalden fuhr, dort selbst
ausstieg, aber von dort nicht mehr weiter die Bahn
benutzte. Schutzeleute mit Polizeihunden sind nach Bir-
masens geschickelt, wohin sich der mutmaßliche Täter
gewandt haben soll. Zur Ermittlung des Mörders
wurde eine Belohnung von 5000 Mk. ausgesetzt.

Ueber viertausend Mark Wochenlohn. Aus Ostfries-
land wird geschrieben: Wie sehr der trostlose Stand
unserer Saluta einzelnen Volksgenossen zum Glück
auszuschlägt, zeigt ein Beispiel deutscher Arbeiter, die
hart an der holländischen Grenze auf deutschem Ge-
biete wohnen, in Holland jedoch ihre Arbeitsstätte
haben. Diese Leute werden in holländischer Währung
bezahlt und verdienen wöchentlich etwa vierzig Gul-
den. Wenn sie mit diesem Lohn zu Frau und Kind
zurückkehren, dann haben sich die vierzig Gulden ledig-
lich durch den Umstand, daß ihr Besizer mit ihnen
die Grenze überschritt, in über 4000 Papiermark ver-
wandelt. Das Monatseinkommen eines solchen Hol-
landgängers beträgt also über 16 000 Mk., eine Summe,
für die man sich selbst im teuren Deutschland allerlei
Gutes leisten kann. „Gen sen Dod is annern sien
Brot“, sagt ein ostfriesisches Sprichwort.

Ein großes Vogelsterben wurde durch den unerwar-
teten Rückfall in den Winter verursacht. Die gefiederten
Sänger waren kurz vor dem Eintritt des Schnee-
falls angekommen und fielen nun dem Hunger und
Frost zum Opfer. Aus der Heideberger Gegend wird
berichtet, daß man Baumfänger und Lerchen, zum Teil
auch kräftigere Vögel wie Drosseln und andere, er-
frosen oder verhungert auffand. Es wurden also nicht
nur zarte Jungvögel, sondern teilweise auch Wintervögel
betroffen. Für den Vogelfreund war es schmerzlich,
innerhalb von Gartengebieten, besonders an den Häusern,
Hecken und unter Obstbäumen innerhalb kurzer Zeit
Duzende der kleinen Leichen zu finden.

Ein Apfel — 100 Kronen. In Wien kostet jetzt
ein Pfund Äpfel 300 Kronen; wenn man bedenkt,
daß drei halbwegs schöne Äpfel auf ein Pfund ge-
hen, so kostet ein Apfel 100 Kronen. In Tirol ist diese
Ware aber noch teurer. Dort kommt ein Pfund be-
sere Apfelsorte auf 800, ja 1000 Kronen! Schon für
Ausgangsware werden kaum mehr erschwingliche Preise
bezahlt.



Germania Durlach I. — T.-B. Durlach I. 2:1.

Dieses Treffen sorgte trotz der schlechten Witterung eine schöne
Anzahl Durlacher Sportler aus allen Kreisen auf den Sportplatz
des hiesigen Liga-Vereins. Mit großem Interesse und allge-
meiner Bewunderung folgte ein jeder dem Auf- und Abwärts-
treiben des Balles, der bald hier, bald dort gefährliche Situationen
schuf. Gleich vom Anstoß weg entwickelte sich ein hartes Tempo
und waren beiden Torwächtern im Verein mit der Verteidigung
Gelegenheit geboten, Zeugnis ihres Könnens abzulegen. Das
1. Tor konnte die Liga durch einen wegen Hände angelegten
Eckmeter buchen. Unentnützt legten die Turner wieder schnellig
ein, ohne jedoch, trotz mancherlei Anstrengungen und Durchbrüche
ihres Sturmes, etwas zählbares zu verzeichnen. Auch anderer-
seits hatten die Germanen harte Arbeit zu leisten, denn die gut
arbeitende gegnerische Verteidigung machte manche dringliche Lage.
Als das Zeichen zur Pause ertönte, freuten sich die Germanen
schon, nunmehr das Schicksal der Turner durch das überaus harte
Tempo besiegt zu haben, allein man täuschte sich diesesmal voll-
kommen. Obwohl nach Wiederbeginn Germania nach zeitweiligem
Drängen den 2. Treffer für ihre Farben buchen konnte, gelang
es der T.-B.-Mannschaft nach wiederholt fehlgeschlagenen Durch-
brüchen das wohlverdiente Ehrentor durch den Halblinken zu er-
zielen. Bei dem Stande 2:1 blieb es bis Schluß, trotzdem die
Liga noch alles ans sich herausgab, um das Resultat günstiger
zu gestalten.

Sied- und Pferdmarkt	
** Durlach, 29. März. Der heutige Sied- u. Pferdmarkt	
war besahren mit: Ochsen — verkauft — Preis — Mk.	
Farren — verkauft — Preis — Mk.	
Kühe 45, verkauft 30, Preis 18—23000, Ma 12—18000 Mk., Kalbinnen	
29, verkauft 18, Preis 13—15000 Mk., Jungvieh 10, verkauft 10,	
Preis 7—5000 Mk., Kälber 10, verkauft 10, Preis 1800—2500	
Mk., Pferde — verkauft — Preis — Mk.	
Hohlen — verkauft — Preis — Mk.	
Die Infurorte lagen in den Bezirken Durlach, Bretten, Eppingen. Die Absatzgebiete waren Durlach, Bruchsal, Karlsruhe und Bretten.	

Mutmaßliches Wetter.
Ueber der Nordsee entzieht Hochdruck, dessen Einfluß
auch bis nach Süddeutschland reicht. Am Freitag und
Samstag ist abnehmende Bewölkung und trockenes,
aber immer noch kühles Wetter zu erwarten.

Kleinrentnerfürsorge.

Der Durchführung der Fürsorge für Kleinrentner in dieser Stadt steht, nach ein Mittel bereit gestellt sind, nichts mehr im Wege. Anträge auf Beihilfen oder Darlehen sind bei der Kommission für Kleinrentnerfürsorge (Stadt fürsorgeamt, Zimmer Nr. 9) schriftlich einzureichen oder mündlich vorzutragen. Letzteres ist zu empfehlen, da eine Besprechung mit dem Antragsteller im Allgemeinen doch notwendig sein wird.

Nachstehend geben wir die allgemeinen Richtlinien für die Durchführung der Kleinrentnerfürsorge bekannt.

Durlach, den 21. März 1922
Stadt fürsorgeamt.

Grundsätze

für die Durchführung der Kleinrentnerfürsorge.

- I. Die Stadtgemeinde Durlach gewährt den in Not befindlichen Kleinrentnern:
 - a) Beihilfen in Fällen vorübergehender wirtschaftlicher Notlage nach Maßgabe der hierüber vom Arbeitsministerium aufgestellten Grundsätze,
 - b) Darlehen durch Vermittlung der städtischen Sparkasse in einer Summe oder in Teilbeträgen gegen Verpfändung und Hinterlegung von Vermögenswerten bis zur Hälfte des Hinterlegungswertes. Werden kausale Papiere in Pfand gegeben, so sollen sie bis zur Höhe von 50% des jeweiligen Marktwertes beliehen werden.
- II. Das Darlehen (Ziffer Ib) ist erst mit dem Tode des Darlehensnehmers, bei Eheleuten mit dem Tode des überlebenden Teils zurückzahlen und von dem auf die Darlehensgewährung folgenden Monatszinsen ab mit 4 vom Hundert jährlich zu verzinsen. Die Zahlung der Zinsen wird jedoch bis zum Verfall der Hauptforderung d. h. bis zum Ableben des Kleinrentners gestundet. Zinsen-Zinsen werden nicht berechnet.
- III. Eine vorherige Rückforderung des Darlehens ist zulässig, wenn in dem Vermögensverhältnissen des Kleinrentners eine die Fürsorge nicht mehr rechtfertigende wesentliche Besserung eingetreten ist. In diesem Fall hat die Stadt das Darlehen unter Einhaltung der gesetzlichen Rückforderungsfrist zu kündigen.
- IV. Der Zinsgewinn aus dem hinterlegten Vermögenswert verbleibt dem Kleinrentner. Die Mängel und Erneuerungsscheine der verpfändeten Wertpapiere übernimmt die städtische Sparkasse in Verwahrung, während die Zinsgewinne dem Darlehensnehmer zur eigenen Verwertung verbleiben. Die Verwaltung der Wertpapiere (Auslösung usw.) ist die Sache des Kleinrentners. Die Stadt übernimmt hierfür keine Verantwortung.
- V. Als Kleinrentner im Sinne dieser Bestimmungen gelten arbeitsunfähige oder fast erwerbsbeschränkte Personen, ohne zur Unterhaltung befähigte und verpflichtete Angehörige, deren Einkommen ausschließlich oder wesentlich aus dem Zinsgewinn kleinerer Kapitalien besteht. Dieses Einkommen soll in der Regel 500 Mk für Einzelpersonen und 700 Mk für 2 Personen nicht übersteigen. Für etwa noch im Haushalt lebende erziehungsbefähigte oder erwerbsunfähige Kinder können je 2000 Mk hinzugerechnet werden. In besonderen Fällen hat die mit der Durchführung der Fürsorge beauftragte Kommission auch Personen und Familien mit höheren Einkommen zu berücksichtigen.
- VI. Die Anträge auf Gewährung von Darlehen sind an die mit der Durchführung der Fürsorge beauftragte Kommission zu richten. Die Kommission stellt nach Prüfung des Einkommens und im Falle von 1b nach Benehmen mit der städtischen Sparkasse beim Gemeinderat Antrag auf Gewährung der Fürsorge in der einen oder anderen Form.
- VII. Auf Ableben des Darlehensnehmers rechnet die Sparkasse mit dem Erben ab und veranlaßt nach Rückzahlung des Darlehens einschließlich der aufgelaufenen Zinsen auf Befehl der Stadtverwaltung die Auslösung des hinterlegten Vermögenswertes.
- VIII. Ueber die Darlehensgewährung und die Verpfändung und Hinterlegung von Vermögenswerten ist mit dem Kleinrentner ein Darlehens- und Verpfändungsvertrag abzuschließen, der die näheren Bedingungen dieses Rechtsgeschäfts enthält.

Kanalherstellung.

Die Verlegung von ca. 480 lfm Steinrohrkanälen in Schichten von 150, 250, 300 und 350 mm mit Zubehör inkl. Herstellung der nötigen Schächte etc. soll im Wege der öffentlichen Ausschreibung vergeben werden.

Beschlossene und mit entsprechender Aufschrift versehene Angebote sind bis spätestens Montag, den 10. April d. Js., vorm. 10 Uhr, kostenfrei an uns einzureichen.

Die Pläne und Bedingungen, die nicht abgegeben werden können, liegen auf unserem Büro während des üblichen Geschäftsstunden zur Einsicht auf, wo auch Angebotsformulare, sowie der Vorrat reicht, gegen Zahlung von 5.- Mk. abgegeben werden.

Die Auftragsfrist beträgt 2 Wochen.
Durlach, den 18. März 1922
Stadt Tiefbauamt.

Ein Waggon

Kali-Düngesalz
42 %

ist eingetroffen und wird morgen Freitag nachmittags von 2 Uhr an auf meinem Lagerplatz am Güterbahnhof Durlach abgegeben. Säcke sind mitzubringen.

Andreas Selter, Aue
Telephon 203.

Aufklärung!

Durch die am Samstag im „Durlacher Tageblatt“ bekannt gemachte Entlohnung von Fräulein Dettling entfallen die Verdienstmengen und erkläre ich hiermit, um weiteren Mißverständnissen vorzubeugen, daß ich damit nichts zu tun habe.

Mathilde Dettling, Modistin,
Durlach, Hauptstr. 71.

Frische Fische

Von großer Zufuhr frisch eingetroffen:

- ff. Nordsee-Rablian
- ff. " Schellfische
- Merlan zum Backen
- grüne Seringe " "
- ferner:
- Büdling ger.
- Schellfisch "
- Seelachs "

Otto Schöffler,
Hauptstrasse 38.

Die neuen
ULLSTEIN-ALBEN
enthalten
2000 neue
Ullstein-Schnittmuster
Modelle für die
gesamte
Frühjahrs- und
Sommergarderobe!

Jede Buchhandlung und Ullstein-Schnittmusterstelle in den Kaufhäusern hat sie!
VERLAG ULLSTEIN, BERLIN SW 68

Geflügelzuchtverein Wolfartsweier

gibt
Brut-Eier
ab von seinen höchstprämiierten Ausstellungenstieren
roth-farb. u. weiße Wyandottes
schwarze Minorla
schwarze Italiener
gesperb. Italiener
rosent. u. einfarbige Italiener
weiße Laufentener.

Nachfragen beim Vorstand Deiner Wolfartsweier, Hauptstr. 43.

Sämtliche Artikel
für den
Sausanstrich
empfiehlt
Adler-Drogerie Ernst Bauer.

Wohnungsausschreibung

Schöne Zweizimmerwohnung gegen kleineren oder größeren Einzimmerwohnung zu tauschen gesucht.
Luisenstraße 8,
Durlach, Hauptstr. 3. Et.

Villa

in Durlach oder Umgebung gegen Barzahlung gesucht.
Angebote unter Nr. 161 an den Verlag d. Bl.

Einfamilienhaus

mit Garten hier zu kaufen gesucht.
Angebote unter Nr. 162 an den Verlag d. Bl.

Wagen

oder Kofferbettwagen u. eiserne Kinderbettstelle zu kaufen gesucht.
Angebote unter Nr. 163 an den Verlag d. Bl.

Demokratischer Verein Durlach

Wir machen unsere Mitglieder auf die heute abend in der „Lilium“ stattfindende

Parteiversammlung

aufmerksam. Sämtliche Abgeordnete unserer Landtagsfraktion werden ersucht, Staatspräsident Gummel spricht über die politische Lage, die durch die Note der Reparationskommission eine bedrohliche Verschärfung erfahren hat. Pflicht eines jeden deutschen Demokraten ist es, an der Veranftaltung teilzunehmen. Gäste sind willkommen.

Durlach, den 30. März 1922
Der Vorstand.

Tanz-Unterhaltung

Samstag, 1. April
im „Schlößchen“
Anfang 7 1/2 Uhr.

Freitag, 31. März

**Spiele-
Versammlung**
im Lokal Abfahrt:
1. Mannschaft nach
Mannheim 7 40 Uhr.
2. Mannschaft gegen
„Konordia“ 7 30 Uhr
hier

Volllählig Erscheinen unbedingt erforderlich.
Der Vorstand.

Voranzeige!

Am 13. April im
Sachhaus z. „Roten
Löwen“
Generalversammlung.
Anträge an den Vorstand sind bis spätestens 10 Uhr des Vortages einzureichen.

Sportclub Tentonia Durlach.

Samstag, den 1. April 1922, abends 8 Uhr findet im Lokal zur „Guten Quelle“ unsere Monatsversammlung statt. Wegen wichtiger Tagesordnung ist ein Erscheinen aller Mitglieder notwendig.
Der Vorstand

Berforen

eine schwarze Wappe mit ungefähr 200 Mark auf dem Wege Kellereifeld für 5 bis 6 Monate. Der ehrliche Finder wird gebeten, dieselbe gegen gute Belohnung abzugeben bei Kleiber, Kellereifeld 5, 1 St.

Löwen-Apotheke

Durlach
Hauptstr. 32 - Tel. 38
Allopathie
Homöopathie
Alleinige Niederlage der homöop. Zentral Apotheke Dr. Willmar Schwabe Leipzig.
Größtes Lager sämtlicher Spezialitäten.
Laboratorium f. Harnuntersuchungen.

Hohen Monatsverdienst

finden tüchtige Vertreter welche Landwirte besuchen. Adresse zu erfragen im Verlag d. Bl.

Ja, Ja Frau Nachbar!

**Duralin-
Bodenöl**
ist doch das Beste.
Nur echt in der
Adler-Drogerie E. Bauer.

Im Tausch

gesucht: Kinderbettstelle (Metall) gegen gut erhaltene Erwachsenen Bettstelle. Freie gratis.
Angebote unter Nr. 165 an den Verlag d. Bl.

Todes-Anzeige.



Gestern früh 7 1/2 Uhr wurde mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder und Schwager

herr Max Eberlin
im Alter von 51 Jahren durch einen jähen Tod von seinem langen, schweren Leiden erlöst.

Durlach, den 30. März 1922.

Im Namen
der trauernden Hinterbliebenen:

Anna Eberlin geb. Leuzler.

Beeridigung: Freitag vormittag 11 Uhr
Trauerhaus: Lammtstr. 23.

Gebirgs-Fahrraddecken

(extra hohe Gummiablage)
leicht laufend, liefert Rummel billig auch an
Wiederverkäufer

Schaeffer, Hauptstr. 81 Durlach.

Lebendfrische Stablian

sowie
Bratschellfisch
empfiehlt

J. Kern, Hauptstr. 28.

Jeden Freitag:

Gehackte Leber
sowie
frischgekochte Sülze
empfiehlt

**Karl Knecht, Metzgerei u. Wursterei,
Kellerstraße 10.**

Brennholz- Eil-Angebot.

20-25 Waggon Buchenscheitholz,
gesund, sofort greifbar, ab Verlade-
station sofort zu verkaufen.

Fr. Letterer, Telefon 256.

Löwenbräu.

Großes
Schlachtfest.
Hausgemachte Leber- und
Griebebraten.

Heute
Schlachtfest
im „Krokodil“.

Kognacflaschen

leere saubere
kauft das Stück zu 3.-
Urban Schurhammer,
Weingroßhandlung und Edelbranntweinbrennerei
Blumenstraße 13.

Für Brantleute!

Je 2 weißmalterte
Bestellen mit Patent-
rost und Nachtitel hat
sich abzugeben
Gustav Steger.

Häute - Felle

Anlauf aller Arten
Häute und Felle von
Groß- und Kleintieren
in höchst Tagesdrücken
Verkauf von allen
Sorten Därme bei
H. Sehl, Friedrichstr. 4.

Rug- u. Fahrhüh

(trächtig) zu verkaufen.
Krazer,
Grünewetterstraße,
Sofweg 121.